



An
Herrn Oberbürgermeister Wolfgang Griesert
Nachrichtlich: An die Fraktionen des Rats der Stadt Osnabrück

Osnabrück, 19.08.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Griesert,

vielen Dank für Ihre umfassende Antwort vom 15.08.18 auf unser Schreiben vom 12.08.18 bezüglich einer Erklärung der Stadt Osnabrück zur Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter, die in Seenot geraten sind. Erfreut nehmen wir die Wertschätzung zur Kenntnis, die Sie dem Engagement der Osnabrücker Zivilgesellschaft für Geflüchtete entgegenbringen.

Ihre Argumentation, mit der Sie eine entsprechende Erklärung der Stadt Osnabrück ablehnen, können wir allerdings nicht teilen.

Wir fassen hier zwei Gründe zusammen, weshalb wir an den Rat der Stadt und Sie als Oberbürgermeister weiterhin dringend appellieren, dass sich Osnabrück der parteiübergreifenden Initiative von Bonn, Düsseldorf, Köln anschließt, wie bereits andere Städte auch:

1. In einer Zeit, in der Tausende im Mittelmeer ertrinken, können wir nicht auf europäische Regelungen warten. Überall in Europa gehen jetzt Städte voran, die sich bereit erklären, Geflüchtete aufzunehmen und zu "sicheren Häfen" werden. Städte stoßen damit an, dass auch Staaten Aufnahmebereitschaft zeigen, geben Impulse für Europa. Osnabrück kann und sollte sich daran jetzt beteiligen.

Sie begründen Ihre Ablehnung im Wesentlichen mit der Notwendigkeit einer europäischen Lösung. Auch wir betrachten eine solche als unabdingbar. Sie würde allerdings, nach allen Erfahrungen der vergangenen Jahre (die Sie auch nennen), für die Menschen, die jetzt in Lebensgefahr sind, viel zu lange dauern. Bisher war die EU nur dann schnell handlungsfähig, wenn es um Abschottung ging. Wir, die wir täglich von geflüchteten Menschen hören, aus welcher Not sie die Flucht wagen, wie grausam die nordafrikanischen Lager sind, wie groß die Lebensgefahr in den Booten, können und werden uns nicht bis zu einer europäischen Lösung gedulden.

Und selbst, falls solch eine Lösung zustande käme, könnte sie lediglich einen Rahmen für die Aufnahme, die Asylverfahren und die Verteilung auf einzelne Länder regeln. Solche Beschlüsse sind aber immer auf die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, der Regionen und Kommunen angewiesen, ihren Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten und für deren konkrete Umsetzung einzustehen. Insofern schließt das eine das andere nicht aus, sondern setzt dieses jeweils voraus.

In diesem Sinne ist unsere Initiative, ebenso wie die der Oberbürgermeister der Rheinstädte, einerseits als Anstoß von unten für eine europäische Lösung zu werten, andererseits aber auch als Schritt, mit gutem Beispiel voranzugehen. Potsdam, Regensburg, Solingen haben sich bereits angeschlossen, weitere beraten diesen Schritt. Dabei steht Deutschland keineswegs alleine da; vielmehr haben auch eine Reihe weiterer europäischer Staaten Flagge gezeigt und zusätzliche Geflüchtete von den Schiffen der Seenotrettung aufgenommen. Vielfach waren es auch dort Städte, die vorangingen, wie Barcelona, Valencia, Palermo. In der Politik hat sich immer wieder gezeigt, dass umfassende Lösungen erst dann möglich werden, nachdem einzelne Akteure oder Institutionen eine Vorreiterrolle übernommen haben.

2. In einer Zeit der zunehmenden politischen Hetze muss ein klares gesellschaftliches Signal gegen Abschottungspolitik und Kriminalisierung der zivilen Rettung, für Humanität und Asylrecht gesetzt werden. Flüchtlinge dem Sterben auszuliefern, ist ein Verbrechen. In vielen Städten nehmen deshalb Menschen an der Seebrücke-Bewegung teil. In Osnabrück fordern jetzt etliche Organisationen inkl. DGB, Bistum, Caritas, Diakonie, Terre des Hommes, Help Age dieses klare Signal vom Rat der Stadt und vom OB.

Sie verweisen in Ihrem Brief auf den geringen Erfolg der Initiative 50 aus Idomeni. Wir sind der Meinung, dass vergangene Misserfolge kein Argument sind, um den Einsatz für Geflüchtete einzustellen. Wir kennen

von Menschen auf der Flucht ganz andere Gründe, die sie in Verzweiflung bringen. Resignation über gescheiterte Initiativen können wir uns nicht leisten.

Denn in einer Zeit der Hetze gegen Geflüchtete geht es nicht nur um die nächsten praktischen Erfolge. Sondern darum, klare Signale für eigentlich Selbstverständliches zu senden: Niemand darf Menschen ertrinken lassen, sichere Fluchtwege nach Europa sind nötig. Weil dies so selbstverständlich und nötig ist, gibt es die bundesweiten Seebrücke-Aktivitäten. Weil dies so selbstverständlich ist, haben sich in Osnabrück innerhalb weniger Tage DGB, Bistum, Caritas, Diakonie, Terre des Hommes, Help Age Deutschland und viele weitere Organisationen unserem Appell an den Rat und Sie angeschlossen. Und weil dies so nötig ist, bedauern wir, dass dieses Signal in Ihrem Brief fehlt.

Insgesamt sind wir der Meinung, dass Ihre Argumentation leider nur zum weiteren Wegschieben von Verantwortung in einer dramatischen Situation führt. Demgegenüber haben die Oberbürgermeister der Rheinstädte in ihrem Brief an die Bundeskanzlerin Verantwortung übernommen, indem sie sagten: "Bis eine europäische Lösung mit allen Beteiligten vereinbart ist, ist es dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten".

Wir fordern den Rat der Friedensstadt Osnabrück und Sie als Oberbürgermeister daher auf, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen und unser Anliegen sowie einen Ratsbeschluss zur Aufnahme von zusätzlichen, aus Seenot geretteten Geflüchteten zu unterstützen.

Schließlich: Wir freuen uns über Ihre Zusage, dass die Integration Geflüchteter in Osnabrück Schwerpunkt kommunalen Handelns bleiben wird. Dies werden wir, gemeinsam mit weiteren Organisationen, gerne unterstützen. Wir möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen, wie kommunales Handeln noch mehr zu einem „sicheren Hafen Osnabrück“ führen kann, zu einer Stadt, in der Geflüchtete ohne Angst leben können.

Gerne erläutern wir unsere Position auch in einem persönlichen Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen,
im Namen des Bündnisses Seebrücke Osnabrück,
Prof. Dr. Ingeborg Tömmel, ingeborg.toemmel@uni-osnabrueck.de
Karl-Heinz Vieth, info@vieth-gestaltung.de
Tim Zumloh, tim.zumloh@exilverein.de

Das Bündnis Seebrücke Osnabrück und der Appell

Das Seebrücken-Bündnis besteht aus Osnabrücker Organisationen (*) und Einzelpersonen, die sich gegen Abschottungspolitik und Kriminalisierung der zivilen Rettung, für Humanität und Asylrecht einsetzen. Seebrücke Osnabrück versteht sich als Teil einer bundesweiten Bewegung.

<https://50ausidomeni.de/>

<https://seebruecke.org/>

Der Appell vom 12.08.2018 an den Rat und Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück wurde von etlichen weiteren Organisationen unterstützt:

50 aus Idomeni *
Aktionszentrum 3. Welt - A3W
Attac Osnabrück *
Bistum Osnabrück
Diözesancaritasverband Osnabrück
DGB - Stadtverband Osnabrück
Diakonie Osnabrück
EXIL - Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge *
Flüchtlingshilfe Rosenplatz *

Frauenberatungsstelle Osnabrück
Griechenland-Solidarität Osnabrück *
HelpAge Deutschland
Internationales Frauennetz Osnabrück
IMIB Fachschaft
NoLager Osnabrück
Refugee Law Clinic Osnabrück *
Solidarity City Osnabrück
Terre des Hommes